

# Suedlink über Übungsplatz: Otte fordert Prüfung

**CELLE.** Warum darf der Suedlink nicht im Randbereich des Truppenübungsplatzes Bergen verlaufen? Diese Frage beschäftigt seit Monaten die Landwirte, Waldbesitzer und Kommunen im Landkreis Celle, die von dem geplanten Verlauf der Stromtrasse betroffen sind.



„Warum soll auf Hunderten privaten und kommunalen Grundstücken Wald gerodet und Äcker aufgegraben werden, der direkt angrenzende Truppenübungsplatz Bergen aber verschont bleiben?“, fragt der Geschäftsführer des Landvolk-Kreisverbandes Celle, Martin Albers. „Müssten bundeseigene Lie-

genschaften nicht vorrangig genutzt werden?“ Der Celler CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte (Foto) fordert jetzt, dass eine Verlegung der geplanten Stromtrasse Suedlink über den Übungsplatz eine Option bleiben muss, soweit der Betrieb im militärischen

Sicherheitsbereich nicht gefährdet wird. Weiterhin fordert Otte eine Gleichstellung von privaten wie staatlichen Eigentümern, damit die Firma Tennet die Verlegung über private wie auch öffentliche Grundstücke prüfen kann.

Aktuell liegen die Korridorvorschläge, die das beauftragte Unter-

nehmen Tennet erarbeitet hat, bei der Bundesnetzagentur zur Prüfung vor. In dem weiteren Verfahren kann es immer noch zu erheblichen Abweichungen kommen, da die meisten Raumwiderstandskriterien erst noch geprüft werden müssen. Dass überhaupt eine Erdkabelverlegung von über 700 Kilometern möglich ist, machen jüngste Neuerungen möglich. „In jedem Fall müssen wir alles daran setzen, um den Eingriff für Private, aber auch für Natur und Umwelt so gering wie möglich zu halten und dabei den Truppenübungsplatz nicht zu gefährden“, so Otte.

Auf Initiative des Bundestagsabgeordneten hatte bereits Staatssekretär Gerd Hoofe zu einem Gespräch ge-

laden. Zusammen mit Volker Schulte, Geschäftsführer der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Celler Land, Peter Rabe, Mitglied im Vorstand der FBG, und Martin Albers, Geschäftsführer vom Landvolk Celle, wurde erörtert, inwieweit für den Suedlink der Nato-Truppenübungsplatz Bergen einbezogen werden kann. Die Vertreter der Grundbesitzer äußerten ihre Sorge über langfristige Nachteile durch eine Verlegung auf privaten Besitz. Laut Otte äußerte Hoofe, dass sich das Verteidigungsministerium einer neuen Trassenprüfung nicht verschließen werde, soweit sich neue technische Möglichkeiten ergeben, die sicherstellen, dass der Übungsbetrieb nicht beeinträchtigt werde. (me)